

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
--------------	---

Einleitung .....	1
------------------	---

A. Sanktionsmöglichkeiten bei betriebsverfassungswidrigem Verhalten und Grundsatz der ultima ratio.....	3
B. Ziel und Aufbau der Untersuchung .....	4
1. Teil: Betriebsverfassungsrechtliche Grundlagen .....	7
A. Aufgaben und Wirkungskreis des Betriebsrats .....	8
B. Rechtsstellung des Betriebsrats nach dem Betriebsverfassungsgesetz .....	10
I. Rechtsnatur des Betriebsrats .....	10
II. Rechtsverhältnis zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber.....	12
III. Rechts- und Vermögensfähigkeit des Betriebsrats.....	13
1. Partielle Rechts- und Vermögensfähigkeit des Betriebsrats .....	14
2. Beschränkung der Rechts- und Vermögensfähigkeit auf das Innenverhältnis .....	15
3. Die Rechtsbeziehungen des Betriebsrats zu Dritten .....	19
IV Handeln als Gremium.....	20
C. Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat.....	21
I. Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit .....	21
II. Ehrenamts- und Lohnausfallprinzip .....	24
1. Unentgeltlichkeit des Ehrenamts .....	25
2. Arbeitsbefreiung und Lohnausfallprinzip .....	25
a) Vornahme erforderlicher Betriebsratsaufgaben oder Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen .....	26
b) Abmeldepflicht.....	28
III. Kosten und Sachaufwand des Betriebsrats.....	30

1.	Kostentragungspflicht des Arbeitgebers .....	30
2.	Abwicklung der Kostentragungspflicht .....	32
a)	Inhalt des Anspruchs .....	32
b)	Nachweispflicht.....	33
3.	Kostenvorschuss.....	34
<b>IV.</b>	<b>Koppelungsgeschäfte im Rahmen der betrieblichen Mitbestimmung .....</b>	<b>35</b>
1.	Begriff des Koppelungsgeschäfts.....	37
2.	Zulässigkeit der Zustimmungsverweigerung .....	39
a)	Zustimmungsverweigerung nicht an bestimmte Gründe gebunden.....	41
b)	Zustimmungsverweigerung an den Normzweck gebunden .....	42
<b>V.</b>	<b>Arbeitskampfverbot.....</b>	<b>43</b>
1.	Maßnahmen und Mittel des Arbeitskampfes.....	44
a)	Streik.....	45
b)	Betriebsbesetzung und Betriebsblockade.....	46
2.	Umfassendes Kampfverbot.....	48
3.	Adressaten des Arbeitskampfverbots .....	49
<b>VI.</b>	<b>Geheimhaltungspflicht der Betriebsratsmitglieder.....</b>	<b>50</b>
1..	Betriebsverfassungsrechtlicher Geheimnisschutz .....	50
2.	Arbeitsvertraglicher Geheimnisschutz .....	53
3.	Weitere Verschwiegenheitspflichten.....	53
<b>2.</b>	<b>Teil: Strafrechtliche Untersuchung .....</b>	<b>55</b>
A.	Strafrechtliche Verantwortlichkeit der betriebsverfassungsrechtlichen Normadressaten.....	55
I.	Entscheidung mit der Mehrheit einer Stimme .....	56
1.	Kausalität des Stimmverhaltens nach der Äquivalenztheorie in Verbindung mit der conditio sine qua non-Formel.....	56
2.	Kausalität des Stimmverhaltens nach Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung .....	57
II.	Entscheidung mit solider Mehrheit.....	58
1.	Kausalität des Stimmverhaltens nach der Äquivalenztheorie in Verbindung mit der conditio sine qua non-Formel.....	59
a)	Der Erfolg in seiner konkreten Gestalt .....	59
b)	Kein Fall kumulativer Kausalität .....	60

c) Kein Fall alternativer Kausalität.....	61
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung.....	62
3. Zurechnung über § 25 Abs. 2 StGB nach Rechtsprechung und Teilen der Lehre .....	63
a) Gemeinsamer Tatentschluss.....	64
b) Gemeinsamer Tatbeitrag .....	65
4. Ergebnis .....	65
<b>B. Strafbarkeit wegen Betrugs gemäß § 263 StGB .....</b>	<b>66</b>
I. Zur Strafbarkeit wegen Verstoßes gegen § 37 Abs. 2 BetrVG .....	67
1. Fallbeispiel: Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 19.5.1983.....	67
2. Tatsachen als Gegenstand der Täuschung .....	68
a) Keine Wahrnehmung von Betriebsratsaufgaben .....	69
b) Keine Erforderlichkeit der Arbeitsbefreiung .....	69
3. Inhalt der Täuschung.....	70
a) Täuschungsbewusstsein.....	70
b) Täuschung bei Abmeldung.....	72
c) Täuschung durch widerspruchlose Entgegennahme der Entgeltfortzahlung.....	73
aa) Konkludente Täuschung .....	73
bb) Täuschung durch Unterlassen .....	77
(1) Betrug durch Unterlassen .....	77
(2) Garantenpflicht von Betriebsratsmitgliedern .....	78
(aa) Garantenstellung aus § 2 Abs. 1 BetrVG....	80
(bb) Garantenstellung aus Arbeitsvertrag .....	81
(cc) Garantenstellung aus Ingerenz.....	84
4. Täuschungsbedingter Irrtum .....	85
5. Vermögensverfügung und Vermögensschaden .....	87
a) Vermögensverfügung.....	87
b) Vermögensbegriff .....	89
c) Ermittlung des Vermögensschadens.....	90
6. Vorsatz und Absicht rechtswidriger Bereicherung.....	91
7. Fallbeispiel: Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 19.5.1983.....	93
II. Zur Strafbarkeit wegen Verstoßes gegen § 40 Abs. 1 BetrVG.....	93
1. Fallbeispiel: Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 20.10.1993 .....	94

2. Geltendmachung eines Anspruchs als Täuschung über Tatsachen.....	95
3. Inhalt der Täuschung .....	97
a) Kostenerstattungsbegehren unter Vorlage von Nachweisen .....	97
b) Kostenerstattungsbegehren ohne Nachweise.....	97
aa) Rechtsansicht verbunden mit der Behauptung anspruchsbegründender Tatsachen .....	98
bb) Rechtsansicht vertreten mit dem Anspruch auf Richtigkeit und Verbindlichkeit .....	101
4. Täuschungsbedingter Irrtum .....	103
5. Vermögensverfügung und Vermögensschaden .....	104
a) Wertminderung .....	104
b) Schadenskompensation .....	105
6. Vorsatz und Absicht rechtswidriger Bereicherung.....	106
7. Fallbeispiel: Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 20.10.1993 .....	107
<b>C. Strafbarkeit wegen Untreue gemäß § 266 StGB.....</b>	<b>107</b>
<b>I. Missbrauchstatbestand.....</b>	<b>108</b>
1. Nutzung eines gewährten Vorschusses zu betriebsratsfremden oder nicht erforderlichen Zwecken....	108
a) Verfügung- oder Verpflichtungsbefugnis .....	108
aa) Keine gesetzlich begründete Befugnis aus § 40 Abs. 1 BetrVG .....	109
bb) Rechtsgeschäftlich begründete Befugnis.....	109
b) Missbrauch der Befugnis .....	110
aa) Weisung im Innenverhältnis.....	111
bb) Begrenzung der Befugnis auch im Außenverhältnis .....	111
c) Verletzung einer Vermögensbetreuungspflicht .....	112
aa) Erfordernis der Vermögensbetreuungspflicht.....	113
bb) Inhalt der Vermögensbetreuungspflicht .....	115
cc) Vermögensbetreuungspflicht der Betriebsratsmitglieder .....	116
2. Nicht erforderliche Kosten im Rahmen der gewöhnlichen Kostenabwicklung .....	119
a) Verpflichtungsbefugnis .....	119
b) Missbrauch der Befugnis .....	120
<b>II. Treubruchstatbestand .....</b>	<b>120</b>

III.	Exkurs: Strafbare Teilnahme an einer Untreue am Beispiel der „Volkswagen-Affäre“ .....	121
D.	Strafbarkeit wegen Nötigung gemäß § 240 StGB .....	124
I.	Zur Strafbarkeit bei Koppelungsgeschäften .....	126
1.	Fallbeispiel: Beschluss des Hessischen Landesarbeitsgerichts vom 13.10.2005 .....	126
2.	Tatbestand .....	128
a)	Zustimmungsverweigerung als Drohung mit einem empfindlichen Übel .....	129
b)	Verweigerung der Zustimmung als Drohung mit einem Unterlassen .....	132
aa)	Sachgrundlose und normzweckwidrige Zustimmungsverweigerung .....	132
bb)	Vom Normzweck gedeckte Zustimmungsverweigerung .....	133
(1)	Drohung mit einem empfindlichen Übel auch bei rechtmäßigem Unterlassen .....	133
(2)	Drohung mit einem empfindlichen Übel nur bei pflichtwidrigem Unterlassen .....	134
(3)	Stellungnahme .....	135
c)	Nötigungserfolg .....	138
d)	Vorsatz .....	138
3.	Rechtswidrigkeit .....	139
a)	Verwerflichkeitsklausel als Prüfungsmaßstab der Rechtswidrigkeit .....	139
aa)	Funktion der Verwerflichkeitsklausel .....	139
bb)	Inhalt der Verwerflichkeitsklausel .....	141
b)	Verwerflichkeitsprüfung auch für den Betriebsrat? .....	142
c)	Überprüfung der Zweck-Mittel-Relation .....	144
aa)	Nötigungszweck .....	145
(1)	Unmittelbarer Nötigungszweck .....	146
(2)	Berücksichtigung von Fernzielen? .....	148
bb)	Nötigungsmittel .....	151
(1)	Intensität des Nötigungsmittels .....	151
(2)	Rechtmäßigkeit des Nötigungsmittels .....	153
(a)	Prinzip des mangelnden Zusammenhangs .....	153
(b)	Besonderheiten bei Rechtmäßigkeit des angedrohten Unterlassens .....	153
(3)	Vorrang staatlicher Zwangsmittel .....	158

4. Fallbeispiel: Beschluss des Hessischen Landesarbeitsgerichts vom 13.10.2005 .....	160
II. Zur Strafbarkeit wegen Verstoßes gegen das Arbeitskampfverbot des § 74 Abs. 2 Satz 1 1. HS BetrVG .....	162
1. Fallbeispiel: Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart gegen den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der DaimlerChrysler AG .....	163
2. Tatbestand.....	164
a) Streik als Mittel der Nötigung.....	164
aa) Streik als Gewalt .....	164
bb) Streik als Drohung mit einem empfindlichen Übel.....	169
cc) Streik als Drohung mit einem Tun oder Unterlassen.....	170
(1) Abgrenzung anhand von Wertungskriterien .....	172
(2) Abgrenzung anhand des Kausalitätskriteriums.....	173
(3) Stellungnahme .....	173
b) Betriebsbesetzung und Betriebsblockade als Mittel der Nötigung .....	176
aa) Betriebsbesetzung als Gewalt oder Drohung mit einem empfindlichen Übel.....	177
bb) Betriebsblockade als Gewalt oder Drohung mit einem empfindlichen Übel.....	179
cc) Betriebsbesetzung und Betriebsblockade als Dreiecksnötigung .....	179
(1) Betriebsbesetzung und Betriebsblockade als Gewalt oder Drohung mit einem empfindlichen Übel gegenüber den Arbeitnehmern des Betriebs.....	181
(2) Nötigende Wirkung auf Seiten des Arbeitgebers.....	183
c) Nötigungserfolg .....	184
d) Exkurs: Betriebsbesetzung als Hausfriedensbruch gemäß § 123 StGB .....	184
e) Vorsatz.....	187
3. Rechtswidrigkeit.....	187
a) Nötigungszweck.....	188

b)	Nötigungsmittel .....	191
aa)	Intensität des Nötigungsmittels.....	191
bb)	Vorrang staatlicher Zwangsmittel .....	192
4.	Täterschaft und Teilnahme .....	194
a)	Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme .....	194
b)	Vom Betriebsrat initiiertter Arbeitskampf .....	196
aa)	Vergleich zum gewerkschaftlich organisierten Arbeitskampf.....	196
bb)	Stellungnahme .....	197
5.	Fallbeispiel: Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart gegen den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der DaimlerChrysler AG .....	200
E.	Strafbarkeit wegen Erpressung gemäß § 253 StGB .....	201
I.	Zur Strafbarkeit bei Koppelungsgeschäften .....	201
1.	Vermögensverfügung und Vermögensnachteil.....	201
a)	Zustimmung als Kompensation .....	203
b)	Saldierung von Leistung und Zustimmung .....	205
2.	Vorsatz und Absicht rechtswidriger Bereicherung .....	207
II.	Zur Strafbarkeit wegen Verstoßes gegen das Arbeitskampfverbot des § 74 Abs. 2 Satz 1 1. HS BetrVG .....	208
1.	Vermögensverfügung und Vermögensnachteil.....	209
2.	Vorsatz und Absicht rechtswidriger Bereicherung .....	210
F.	Strafbarkeit wegen Verletzung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen .....	211
I.	Zur Strafbarkeit gemäß § 120 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 Satz 2 BetrVG .....	212
1.	Fallbeispiel: Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 26.2.1987.....	212
2.	Tatbestand .....	213
a)	Verstoß gegen § 79 Abs. 1 Satz 1 BetrVG.....	213
b)	Unbefugtes Offenbaren oder Verwerten eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses.....	214
c)	Subjektiver Tatbestand.....	216
d)	Besonderes persönliches Merkmal.....	216
3.	Rechtswidrigkeit.....	216
a)	Prozessuale Zeugnispflicht .....	217
b)	Rechtfertigender Notstand .....	219
4.	Qualifikation, § 120 Abs. 3 Satz 1 BetrVG.....	220

5. Fallbeispiel: Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 26.2.1987 .....	220
II. Zur Strafbarkeit gemäß § 17 Abs. 1 UWG.....	220
III. Zur Strafbarkeit gemäß §§ 38 Abs. 1 Nr. 2 c), 39 Abs. 2 Nr. 3 WpHG i. V. m. § 14 Abs. 1 Nr. 2 WpHG .....	221
1. Verstoß gegen § 14 Abs. 1 Nr. 2 WpHG .....	221
2. Unbefugtes Mitteilen oder Zugänglichmachen .....	222
3. Subjektiver Tatbestand .....	223
IV. Konkurrenzen .....	223
G. Fazit .....	223
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>227</b>